Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 42 (1950)

Heft: 8

Artikel: Die gemeinschaftlichen Produktionskomitees in England

Autor: Bieligk, K.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353454

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Man sagt zwar, diese Gesetzesrevision solle nur die dringlichsten Punkte betreffen und sie solle nicht unnötig beschwert werden. Aber wo es gilt, bürokratische Kompliziertheit zu beseitigen, Arbeit und Geld zu sparen, da ist die Dringlichkeit gegeben, und jedermann wird eine dahinzielende Gesetzesänderung begrüssen und darin keine Beschwernis der Vorlage erblicken.

Dr. F. Baumann, Aarau.

Die gemeinschaftlichen Produktionskomitees in England

Das Internationale Arbeitsamt veröffentlichte 1945 eine Studie, «British Joint Production Machinery» betitelt, in der die ganze Organisation der gemeinschaftlichen Produktionskomitees, wie sie sich bis dahin in England herausgebildet hatte, analysiert wurde. Es wurde darin die Feststellung gemacht, «dass durch die gemeinschaftlichen Produktionskomitees die Beratung der Regierung bei der Lösung der Arbeiterfrage und bei der Formulierung und Durchführung der Produktionspolitik durch die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter gesichert wird. Sie gehören der zentralen beratenden Körperschaft — dem Beratenden Landes-Produktionskomitee — an und nehmen damit an der Festlegung der Produktionspolitik teil. Weiter nach unten bestehen elf regionale Komitees, und durch sie sind die Arbeiter- und Unternehmervertreter in die Verwaltung und Regelung der Produktionsfragen ihres betreffenden Gebietes einbezogen. In den Betrieben bestehen gemeinschaftliche Betriebskomitees, die sich mit häuslichen Produktions- und Arbeiterfragen beschäftigen und die, da sie ihre Vorschläge und Formulierungen an die regionalen Komitees und an das Landes-Poduktionskomitee geben können, in direktem Kontakt mit diesen offiziellen Körperschaften stehen. Diese haben umgekehrt in den Betriebskomitees ihre Instrumente in den Betrieben, die ihnen den direkten Kontakt mit den Arbeitern sichern.» Obwohl die gemeinschaftlichen Produktionskomitees seither eine Veränderung erfahren haben, ist diese organisatorische Struktur im wesentlichen noch die gleiche.

Erfahrungen in zwei Weltkriegen

Die ersten gemeinschaftlichen Produktionskomitees entstanden im Ersten Weltkrieg. Die Regierung ernannte 1916 die sogenannte Whitley-Kommission, die in ihren Vorschlägen Arbeiter und Unternehmer ersuchte, anzuerkennen, dass gemeinsame Bemühungen für eine Steigerung der Produktivität und für den wirtschaftlichen Er-

folg notwendig seien. Sie empfahl, dass Vertreter der Unternehmer und Arbeiter periodisch zu Beratungen zusammentreten und wichtige Fragen der Wirtschaft diskutieren sollten. Genannt wurden unter anderem: Mittel, um den Anteil und die Verantwortung der Arbeiter bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erhöhen; die Notwendigkeit, der Arbeiterschaft einen grösseren Anteil am Erfolg ihrer Industrie zu geben; Industrieforschung; Festlegung von Bestimmungen, die die Anwendung von Verbesserungen und Erfindungen der Arbeiter, welche die Produktion zu fördern geeignet sind und die Rechte der Erfinder sichern. Soweit die vorgeschlagene Organisation ausgebaut werden konnte, funktionierten die gemeinschaftlichen Produktionskomitees in einer Anzahl von Industrien mit Erfolg.

In der stürmischen Periode nach 1918 konnten sie keinen besonderen Einfluss auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft gewinnen, und die starke Arbeitslosigkeit, die während der längsten Zeit in den Jahren von 1921 bis 1938 in der englischen Wirtschaft vorherrschte, ermöglichte es dem Unternehmertum, die Vorschläge der Whitley-Kommission unter den Tisch zu wischen. Dafür versuchte es, Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu diktieren, und zahlreiche grosse Streiks, bzw. Aussperrungen, kennzeichnen jene Jahre.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Sommer 1939 zwang Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, ihre Leistungsfähigkeit aufs höchste zu steigern. Streiks und Aussperrungen mussten vermieden, die harten Arbeitsbedingungen erleichtert und die niedrigen Löhne aufgebessert werden, wenn die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern für eine Zusammenarbeit zugunsten einer Produktionssteigerung während des Krieges fruchtbar gemacht werden sollten. Diese Zusammenarbeit wurde noch 1939 von den beidseitigen Spitzenverbänden der Wirtschaft eingeleitet und später nach unten dezentralisiert. Etwa seit 1941 erfolgte in grösserem Umfange die Errichtung von gemeinsamen Produktionskomitees in den einzelnen Unternehmungen und Betrieben. Für die staatlichen Betriebe arbeiteten die betreffenden Ministerien mit den Gewerkschaften ein Musterstatut für die gemeinschaftlichen Produktionskomitees aus. Es gab in den folgenden Jahren mehrere tausend dieser Komitees, die besonders in der Flugzeug-, Kraftwagen-, Maschinen und Munitionsindustrie, aber auch in den meisten andern Industrien ganz wesentlich zur Beseitigung von Schwierigkeiten und zur Steigerung der Produktion beigetragen haben. Die Not der Krieges und die Tatsache, dass der Privatindustrie immense Kriegsgewinne zuflossen und viele Verbesserungen in den Betrieben auf Kosten des Staates vorgenommen werden konnten, machte einen erheblichen Teil des Unternehmertums leichter zu Konzessionen an die Arbeiter bereit als in normalen Zeiten.

Das bis dahin nur von den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei vertretene Recht der Arbeiter, an der Regelung von Produktionsfragen teilnehmen zu können, fand unter diesen besonderen Umständen sogar in den Konservativen warme Fürsprecher. Das Reformkomitee der Konservativen Partei sagte 1943 in einer Erklärung:

> Der Lebensstandard in diesem Lande kann nur wieder hergestellt und verbessert werden, wenn die Erzielung der höchsten Produktion als die gemeinsame Verantwortlichkeit von Kapital, Betriebsleitung und Arbeiter, arbeitend als Partner, anerkannt ist. Wir sind der Auffassung, dass ein Mann, der seine Fähigkeit und Arbeit in einer Industrie investiert, sich an ihr interessiert fühlen und Einfluss auf diese Industrie ausüben sollte; zumindestens in dem gleichen Masse, wenn schon nicht in der gleichen Art, in dem ein Mann ihn ausübt, der sein Geld in diese Industrie investiert. Zu diesem Zwecke ist uns die Ausdehnung des Systems der Produktionskomitees willkommen. Bei der Entwicklung dieses Systems haben die Gewerkschaften eine bedeutende Rolle zu spielen...

Trotz dieser Erklärung begrüssten viele Unternehmer es als Erleichterung, als sie nach dem Ende des Krieges wieder von den gemeinschaftlichen Produktionskomitees loskommen konnten. Der grosse Wahlsieg der Arbeiterpartei im Sommer 1945 zog für eine gewisse Zeit die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von dieser besonderen Frage ab, so dass viele Produktionskomitees ihre Tätigkeit einstellten.

Instrumente zur Demokratisierung der Wirtschaft

Die Arbeiterregierung erkannte vom ersten Tage ihres Machtantritts die grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Kriegsschäden und die Veränderungen in der internationalen Wirtschaft für England hinterlassen hatten. Sir *Stafford Cripps*, der damals Handels- und Wirtschaftsminister war, warnte bereits im Herbst 1945, dass die Zeit kommen werde, in der es für England schwierig sein wird, all die Absatzmärkte, die es braucht, zu halten. Die Industrie müsse durch höchste Wirtschaftlichkeit wettbewerbsfähiger gemacht werden. Der Rat dazu müsse von der Industrie selbst kommen, und zwar von Unternehmern und Arbeitern in gleicher Weise. Er setzte sich für eine Zusammenarbeit von Vertretern der Spitzenorganisationen unter Teilnahme von Unparteiischen ein, um Vorschläge für die Verbesserung der Organisation, der Produktion, der Verkaufsmethoden und des Arbeitsprozesses zu machen. Eine Anzahl dieser «committees», die später von ihm eingesetzt wurden, haben ihre Industrien untersucht und ihren veröffentlichten Berichten wertvolle Vorschläge für die Organisation und Steigerung der Produktion gemacht.

Der Gewerkschaftsbund begrüsste den Vorschlag Cripps' und sprach sich dafür aus, in der gesamten Industrie wieder eine gemeinschaftliche Beratungsmaschinerie für Produktionsfragen aufzurichten. Anfang 1947 legte die Arbeiterregierung dem Parlament das Gesetz über die Organisation und die Entwicklung der Industrie vor, das vom Parlament beschlossen wurde. Es gibt den verschiedenen Ministerien, die wirtschaftliche Ressorts verwalten, die Vollmacht, nach Beratung mit den Arbeitern und den Unternehmern einer Industrie ein Produktionskomitee zu errichten. Seine allgemeine Aufgabe soll die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und der Produktion sein und es soll die Industrie befähigen, der *Allgemeinheit besser und wirtschaftlicher zu dienen* als bisher. Den Produktionskomitees sollen Personen angehören, die berufen sind, die Unternehmer und Arbeiterinteressen zu vertreten, dazu kommen eine gleiche Anzahl unabhängiger Mitglieder. Sie haben das Recht, zu verlangen, dass ihnen jede notwendige Information gegeben wird, vorausgesetzt, dass das Handels- und Wirtschaftsministerium seine Zustimmung gegeben hat und dass das zuständige Ministerium damit einverstanden ist. Die Ausgaben der Produktionskomitees sollen durch eine gemeinsame Steuer der Unternehmer gedeckt werden, die nicht über einen bestimmten Betrag hinausgehen darf. Zu diesem Zweck können die Bücher der Firmen geprüft werden. Die Produktionskomitees müssen jährlich an das für die betreffende Industrie zuständige Ministerium berichten. Nicht später als drei Jahre nach seiner Errichtung und in der Regel alle fünf Jahre sollen Beratungen über das Fortbestehen, bzw. die Aenderung des Produktionskomitees, stattfinden. Zu den Funktionen gehören: die Förderung und Durchführung der wissenschaftlichen Forschung in der Industrie; Untersuchung der Produktionstechnik und des Gebrauchs der Arbeitskraft; Arbeit an der Arbeiterpsychologie; die Verbesserung der Produkte; die Förderung der Ausbildung; Untersuchung des Verkaufs, der Produktion und des Exports; die Förderung der genossenschaftlichen Organisation zur Versorgung der Industrie mit Material und Ausrüstungsgegenständen.

Etwa gleichzeitig mit diesem Gesetz wurde auch das beratende Landes-Produktionskomitee reorganisiert, dem in gleicher Stärke Vertreter der Unternehmer, der Arbeiter und Unparteiische angehören und das unter dem Vorsitz des Schatzkanzlers, bzw. des Wirtschaftsministers tagt. Ebenso waren die elf regionalen Produktionskomitees wieder zum Leben erwacht, dessen Mitglieder ebenfalls vom Schatzkanzler nach den Vorschlägen der Organisationen bestimmt wurden. Aber sie funktionieren nicht als Vertreter ihrer Firma, ihrer Gewerkschaft oder sonstigen Organisation, sondern es ist ihre Aufgabe, die *allgemeine* Entwicklung der Industrie und Produktion ihres Gebietes zu fördern.

Die Regierung hat sich mit stärkstem Nachdruck dafür einge-

setzt, dass diese Organisation nach unten durch die *gemeinschaftlichen Produktionskomitees in den Betrieben* abgeschlossen wird. Es sind den Spitzenorganisationen der Wirtschaftsverbände Musterstatuten für die Unternehmen vorgeschlagen worden; aber die Firmen haben völlige Freiheit, sie anzunehmen oder sich mit der Arbeiterschaft über die Form des Produktionskomitees zu verständigen. Ihre Errichtung ist in jedem Falle der Freiwilligkeit überlassen. In den meisten Fällen werden die Arbeitervertreter von der Betriebsbelegschaft gewählt. In der Regel ist einjährige Betriebszugehörigkeit Bedingung; in manchen Fällen *muss* der Arbeitervertreter Gewerkschaftsmitglied sein. Als Aufgaben der Betriebs-Produktionskomitees werden bezeichnet: Verbesserung der Produktionsmethoden; Verhinderung von fehlerhafter Arbeit und Verschwendung von Material; Einhaltung der Arbeitszeit; Wirtschaftlichkeit im Gebrauch von Material; Ermunterung zu Vorschlägen für Verbesserungen im Betrieb; Sicherheit, Gesundheit und Wohlfahrt der Arbeiter. Lohnfragen und Arbeitsbedingungen gehören *nicht* zu ihren Aufgaben, da sie den besonderen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern unterliegen.

Mit den Gewerkschaften anerkennt auch ein Teil der Unternehmer die gemeinschaftlichen Produktionskomitees. So erklärte der damalige Präsident des Verbandes der britischen Industriellen, C. Baillieu, 1947: «In einer ganzen Reihe von Industrien wächst eine neue Generation von Arbeitgebern und Direktoren heran, die die Notwendigkeit, die demokratischen Grundsätze unseres politischen Lebens auf die Wirtschaft auszudehnen, voll würdigen und die bereit sind, der Führung, die ihnen ihre Organisation gibt, zu folgen.» Während aber die Gewerkschaften auf ihren Jahreskonferenzen und der Gewerkschaftsbund auf seinem Jahreskongress die organisierte Arbeiterschaft immer wieder zur aktivsten Unterstützung der gemeinschaftlichen Produktionskomitees aufgerufen haben und ihren Ausbau fordern, sind die Unternehmerverbände in ihrer positiven Stellungnahme viel weniger aktiv.

Unternehmerwiderstände

Ja, mehr noch: sie leisten sogar der Verwirklichung des Gesetzes von 1947 Widerstand. Das Wirtschafts- und Handelsministerium verhandelt schon länger als zwei Jahre mit einer Reihe von industriellen Spitzenverbänden, um ein zentrales Produktionskomitee für jede einzelne Industrie zu errichten. Voller Erfolg ist ihm dabei bisher nur in einigen Industrien zuteil geworden. Die Unternehmer der Seidenindustrie haben gegen die Entscheidung des Handelsministers, der gegen ihren Willen für ihre Industrie ein gemeinschaftliches zentrales Produktionskomitee errichtet hat, geklagt. Die Arbeiterregierung hat bisher den grössten Wert darauf

gelegt, die Unternehmer und Arbeiter sowohl in den Spitzenverbänden als auch in den Betrieben freiwillig für die Produktionskomitees zu gewinnen.

Was sind die Gründe dieses Widerstandes, der sich sowohl in den zentralen Verbänden als auch bei vielen einzelnen Unternehmern im ganzen Lande geltend macht? Obwohl aus ihren Kreisen so viele beteuernde Phrasen zu hören sind, so «vom Arbeiter, der fühlen müsse, dass er wirklich ein Partner ist», ist eben doch nur eine Minderheit bereit, in ihm mehr als nur eine Arbeitskraft oder nur «Hände» zu sehen und ihn wirklich als einen vollen Menschen zu schätzen. Das kommt zwar bei ihrer Ablehnung nicht so offen zum Ausdruck, bestimmt aber doch weitgehend ihre Stellungnahme. Sie verteidigen weiter den alten «Herr-im-Hause»-Grundsatz. Sie haben nur widerwillig die Konzession an die erstarkenden Gewerkschaften gemacht, mit ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiterschaft zu vereinbaren. Sie wehren sich nun ebenso dagegen, die Arbeiterschaft in Beratungen über Produktionsfragen beizuziehen.

«Was können die Arbeiter dazu beitragen?» so fragen sie und wissen doch ganz genau, dass die Arbeiter sehr viel Erfahrung in der Organisation des Betriebes und des Arbeitsprozesses haben. Es gibt in England bereits Hunderte von Betrieben, in denen durch die Tätigkeit des gemeinschaftlichen Produktionskomitees die Produktion in den letzten zwei Jahren ganz beträchtlich gesteigert worden ist. Aber die Unternehmer, die Widerstände machen, tun so, als ob durch die Komitees die «individuelle Initiative» gehemmt würde. Sie stellen die Frage, ob denn die Vertreter der Arbeiter in alles hineinreden können sollen und ob das «der Wirtschaft nicht zuviel Geld kostet». Sie sehen keinen hohen Wert in den Komitees, die ihren Wert jedoch in zahlreichen Fällen schon bewiesen haben. Diese Unternehmer befürchten, dass die «Unabhängigen» in Wirklichkeit nicht unabhängig sein könnten und vielleicht gar statt für die Unternehmer für die *allgemeinen* Interessen entscheiden könnten. Sie reden auch von «politischen» Befürchtungen, ohne genau zu sagen, was sie damit meinen. Denken sie etwa, dass die Produktionskomitees ein Schritt zur wirklichen Demokratisierung der Wirtschaft und schliesslich zur Sozialisierung sind?

*

Ohne behaupten zu wollen, die Tätigkeit jedes der vielen gemeinschaftlichen Produktionskomitees sei ein voller Erfolg, so kann doch im ganzen die Feststellung getroffen werden, dass ihre Organisation zu dem Erfolg der englischen Wirtschaft in den lezten Jahren beigetragen hat. Die Gewerkschaften wünschen noch mehr Aktivität ihrer Mitglieder zu ihrer Unterstützung. Wenn das englische Volk

bei den nächsten Wahlen, die vielleicht noch in diesem Jahre, vielleicht aber auch erst 1951 stattfinden, der Arbeiterpartei wieder eine sichere Mehrheit gibt, so dürften die gemeinschaftlichen Produktionskomitees in den Betrieben zu einem sichern und vollen Erfolg versprechenden Glied in der englischen Wirtschaftsorganisation werden, durch das gleichzeitig auch das demokratische Prinzip wieder ein Stück vorwärts getragen wird.

K. F. Bieligk, London

Die Sozialversicherung in Frankreich

Die stille Revolution

Das Gesetz der Regierung de Gaulle vom 4. Oktober 1945, das die bisher freie und private Sozialversicherung zum Obligatorium erklärte, stellt heute eine der durchgreifendsten Reformen der vierten Republik dar. Die fanzösische Sozialversicherung hat das soziale und wirtschaftliche Gesicht des Landes völlig umgewandelt und ist aus ihm nicht mehr wegzudenken. Nicht nur, dass die vom Staate unabhängige Organisation einen Fonds von 500 Milliarden Francs verwaltet, sie hat auch neue Begriffe der Solidarität ins Leben eingeführt, eine Neuverteilung des Nationalvermögens gebracht, die Bevölkerungsbewegung gefördert und bietet heute den Lohnempfängern soziale Sicherheit auf allen Gebieten.

Durch die Obligatorischerklärung der Sozialversicherung werden heute alle Schichten der Lohnempfänger und ihrer Familienangehörigen erfasst. Die früheren Genossenschaftskassen und privaten Versicherungen erfassten kaum einen Fünftel der arbeitenden Schichten und konnten durch ihre Zersplitterung niemals die grossen Vorteile bieten, wie sie heute bestehen. Praktisch ist heute der französische Bürger und seine Kinder — mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung — gegen alle sozialen Unbilden, Mängel und Unglücksfälle weitgehend geschützt. Alle sozialen Risiken werden erfasst: Krankheit, Unfall, Alter, Kinderzulagen, Mutterschaftsschutz, Heiratsprämien. Ausserhalb der «Sécurité social» stehen heute noch die Bergarbeiter, Eisenbahner, Seeleute, die Staats- und Gemeindeangestellten und -arbeiter, die Elektrizitäts- und Gasarbeiter, die alle mit Erfolg ihre autonome Versicherung verteidigten, sich von dem Moloch nicht auffressen lassen wollten.

Um die gewaltige Bedeutung dieser neuen Sozialgesetzgebung in ihrem grossen Umfang zu erkennen, genügt es, auf die ansteigende Bevölkerungsziffer hinzuweisen, eine für Frankreich seit Jahrzehnten verschwundene Bewegung. Die Familienunterstützungen, Mutterschafts- und Heiratsprämien haben hier der notorisch

Eigentum des Vorstandes de